

# Danziger Zeitung.



No 7203.

1872.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwigerstrasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 Jgr. Auswärts 1 R. 20 Jgr. — Insolite, pro Petit-Heile 2 Jgr., nehmen an: in Berlin: A. Reitemeyer und Rud. Hoff; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hosenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. S. Daube und die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schäfer; in Elbing: Neumann-Hartmann'sche Buchhandl.

## Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten auswärtigen Abonnenten bitten wir, die Bestellungen auf die Danziger Zeitung für das nächste Quartal rechtzeitig aufzugeben, damit keine Unterbrechung in der Versendung eintritt. Die Postanstalten befördern nur so viele Exemplare, als bei denselben vor Ablauf des Quartals bestellt sind.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an. Der Abonnementspreis beträgt für die mit der Post zu versendenden Exemplare pro II. Quartal 1 R. 20 Jgr.; für Danzig incl. Bringerlohn 1 R. 22½ Jgr. Abgeholt kann die Zeitung werden für 1 R. 15 Jgr. pro Quartal:

Langgarten No. 102 bei Hrn. Gustav N. van Döhren.

Glockenthör No. 5 bei Hrn. C. Junck.

2. Damm No. 3 bei Hrn. Albert Kleist.

Paradiesgasse No. 20.

Maklausgasse No. 5 b bei Hrn. Haase.

Neugarten No. 22 bei Hrn. Löws.

Kohlenmarkt No. 22 bei Hrn. Alb. Teichgräber.

Kürschnergasse bei Hrn. Hubert Goermann.

Langebrücke No. 27 (am Frauenthör) bei Hrn. J. Becker.

## Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 20. März. Die Stadtverordnetenversammlung nahm in ihrer gestrigen Sitzung den Antrag an, den Magistrat zu ersuchen, derselbe möge geeignete Schritte thun, um zu bewirken, daß der Stadtgemeinde Frankfurt die Selbstständigkeit der gesammten Polizeiverwaltung zurückgegeben werde.

Karlsruhe, 20. März. Die erste Kammer genehmigte den Gesetzentwurf über das Verbot der Lehrthätigkeit ordensähnlicher Congregationen mit allen gegen vier, sowie den Gesetzentwurf betreffend das Verbot der Lehrthätigkeit von Jesuitummissionen mit allen gegen eine Stimme. — Der Landtag wird morgen geschlossen werden.

Kopenhagen, 20. März. In Folge des seit gestern eingetretenen starken Schneefalles ist der Verkehr auf den seeländischen Eisenbahnen, ausgenommen auf der Strecke Kopenhagen-Næstved, sistiert. Der Postdampfer von Kiell ist bis jetzt von Korsør nicht eingetroffen.

London, 20. März. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erneuerte Horsman seine gestern gestellte Interpellation, ob die Regierung die Sicherung gebe, daß Vorschläge, welche den Vereinigten Staaten in der Alabamafrage gemacht werden, erst dann Gültigkeit erlangen, wenn das Parlament sich über dieselben ausgeprochen habe. Gladstone erklärte, eine solche Sicherung nicht geben zu können. Das Parlament lenkt den Geist, von welchem sich die Regierung bei den Verhandlungen in der Alabamafrage leiten lasse, sowie die Absichten, welche sie in dieser Beziehung verfolge. Jede Veränderung in der gegenwärtigen Sachlage werde dem Parlamamente pflichtgemäß mitgetheilt werden. Die Frage, ob das Recht der Krone zum Abschluß eines internationalen Vertrages überhaupt einer Beschränkung unterworfen werden solle, könne in Berührung geogen werden, die Forderung Horsman's gehe jedoch jedenfalls zu weit.

Washington, 19. März. In der heutigen Sitzung des Senates erstattete das Finanzkomite seinen Bericht und sprach sich dabei gegen die Bill, welche die Abschaffung der Einkommensteuer zum Gegenstand hat, sowie gegen die von Sumner beantragte Bill aus, zufolge welcher Scheine mit Zinseszinzen an die Stelle der Legal-tender-Noten treten sollen.

## Abgeordnetenhaus.

52. Sitzung am 19. März, Abends. Das Haus fährt in der Berathung der Kreis-Ordnung fort. Die §§ 58 bis 62 handeln von den Obliegenheiten der Amtsvorsteher. — Um das plötzliche Hervorholen längst vergessener Polizeiordnungen in tendenziöser Absicht zu verhindern, beantragte Abg. Reichensperger (Olpe) zu § 61 den Antrag, daß die verbindliche Kraft jener Verordnungen auf 5 Jahre beschränkt sein und erlischen soll, wenn sie nicht vor Ablauf dieser Frist von Neuem und zwar wie § 61 ausdrücklich vorschreibt, unter Zustimmung des Amtsausschusses beschlossen und verhündigt werden. Dieser Antrag wurde abgelehnt, nachdem Reg.-Comm. Persius bemerkte, daß er einen Unterschied zwischen Stadt und Land etablieren würde; denn auf die städtischen Polizei-Verordnungen erstreckte er sich nicht; außerdem liege es in der Absicht der Staatsregierung, mit einer Revision aller vorhandenen Polizeiverordnungen im Verwaltungsweg vorzugehen. §§ 66—70 (Kosten der Amtsvorsteher). Der Finanzminister vergleicht die Bestimmung, welche von der Beihilfe des Staates spricht, mit einem Blancowechsel. Der Staat werde sich jedoch bei seiner günstigen Finanzlage nicht präzisen Forderungen entziehen, welche an ihn im Interesse der Selbstverwaltung gestellt werden. Abg. v. Bendix versicherte, daß nur die Tugend der Bescheidenheit die Commission verhindert habe, mit einer bestimmten Forderung, z. B. mit 3 Mill. jährlich, (Heiterkeit) vor die Regierung zu treten. Die §§ werden angenommen und zwar § 65 mit folgendem Amendment Laskers: „Das Recht, eine Ordnungsstrafe gegen den Amtsvorsteher festzusezen, steht allein dem Kreisausschuß zu.“ — Während der Berathung des § 71 (Amt des Landrates) wird die Sitzung auf morgen vertagt.

53. Sitzung am 20. März. Gesetz, betreffend den Ankauf der Taunusbahn, Zahlung eines Beitrags zu den Baukosten einer Eisenbahn von Langelsheim nach Clausthal, sowie Herstellung des zweiten Gleises auf den Bahnenstrecken von Bremen bis Geestemünde, von Hannover bis Kreiensen und von Schneidemühl über Conitz nach Dirschau. — Zu § 3, welcher nur bezüglich der Taunusbahn fordert, daß jegliche Verfassung der Regierung über dieselbe durch Veräußerung der Genehmigung des Landtags bedürfe, liegt ein Amendement des Abg. Hammacher vor. Dasselbe lautet: „Jede Verfassung der Staatsregierung über die im § 1 No. 1, 3 und 4 bezeichneten Eisenbahnen, bez. Eisenbahntheile (statt „über die Taunus-Eisenbahn“) durch Veräußerung bedarf zu ihrer Rechts Gültigkeit der Zustimmung beider Häuser des Landtages. Die Rechte und Pflichten des Staates aus den mit dem Staate Bremen bezüglich der Eisenbahn von Geestemünde nach Bremen abgeschlossenen Verträgen werden hierdurch nicht berührt.“ Mit diesem Amendement, gegen das der Handelsminister nichts einzubringen hat, wird das Gesetz angenommen.

Die Specialdiscusion über die Kreisordnung war in der gestrigen Abendstzung bei dem 5. Abschnitt, der von dem Amt des Landrates handelt, stehen geblieben. Die Commission schlägt vor: § 71. „Der Landrat wird vom Könige ernannt; die Kreisversammlung ist jedoch befugt, für die Begebung eines erlebigen Landratsamtes aus der Zahl der Grundbesitzer (die Regierungsvorlage sagt: der größeren Grundbesitzer) und Amtsvorsteher des Kreises geeignete Personen in Vorschlag zu bringen.“ Dazu sind drei Amendements gestellt: v. Meyer will die Vorschlagenden nur aus den größeren Grundbesitzern nehmen; v. Mallinckrodt schlägt vor, daß stets drei Candidaten präsentiert werden und will außer den Kategorien des Commissionsvorstehers zum höheren Staatsamt qualifizierte Staats- und Gemeindebeamte“ als Landrats-Candidaten aufführen; endlich Miquel will der Kreisversammlung die Befugnis zuerteilen, alle ihr geeignet erscheinenden Personen ohne Unterschied für das Landratsamt in Vorschlag zu bringen. — Abg. v. Mitschke-Collande: Der Antrag des Abg. Meyer bezweckt dem Landratsamte das nötige Gewicht, den inneren Zusammenhang mit dem Kreise zu sichern, damit wir nicht der Präfecturwirtschaft verschaffen, an der Frankreich zu Grunde gegangen ist. — Abg. v. Bonin: Der örtliche Zusammenhang mit seinen Folgen kommt weniger in Betracht, da das vorliegende Gesetz neben den Landrat eine Körperschaft, den Kreistag, fest, welcher auf das Innigste mit dem Kreise verwachsen ist. Die Vorlage hat noch vielfache Lücken, die später ausfüllt werden müssen; so sind hier die Bedingungen der Qualification zum Landratsamte nicht angegeben. Es ist demnach anzunehmen, daß die in dem Regulativ vom 13. Mai 1838 enthaltenen Bestimmungen gelten sollen. Eine gesetzliche Regelung dieser Frage wird hoffentlich bald erfolgen. — Reg.-Comm. Persius: Die Regierung ging von der Ansicht aus, als sie die Freiheit der Wahl der Präsentation gegenüber sich wahrte, daß die Krone am besten im Stande sei, geeignete Candidaten aufzufinden. — Abg. v. Mallinckrodt befürwortet seinen Antrag, der sich den älteren Bestimmungen anschließt. — Abg. v. Kardorff: Das Präsentationsrecht von drei Personen führt ansich bereits zu Inconvenienzen. Neben einer geeigneten Persönlichkeit werden vielfach zwei Strohmänner aufgestellt, um der Zahl zu genügen. Nun sind Fälle tatsächlich vorgekommen, daß von der Regierung einer der letzten gewählt worden. Was die Frage der Qualification anbetrifft, so bemerkte ich, daß dem Landrat ein Syndikus beigegeben ist. — Abg. Miquel: Entweder ist der Landrat ein Communalbeamter, dann ist die geforderte Qualification nicht vonnöthen, oder aber der selbe ist ein Staatsbeamter, dann ist sie nothwendig. Daß das Letztere jedoch der Fall sei, leuchtet evident aus den Befugnissen hervor, welche das Gesetz ihm einräumt. Was die Beschränkung der Auswahl der Seitens des Kreises zu Präsentierenden betrifft, so ist es consequent, wenn die Regierung für sich das Recht, auch Nichtgutsbesitzer oder Nichtamtsoverweser zu wählen, in Anspruch nimmt, dieses auch dem Kreise zuzugestehen, ist ja das Präsentationsrecht bereits das Minimalrecht der Selbstverwaltung. — Reg.-Comm. Persius: Die Regierung hat darüber keine Kenntniß, daß die Commission der Ansicht sei, das Regulativ von 1838 habe, wenn es sich um die Qualification der Landräthe handelt, nicht auch in dem durch die Vorlage geschaffenen Organismus Geltung. Einer solchen Auffassung steht sie entgegen. — Ref. Friedenthal: Die Commission habe die Frage der Qualification gar nicht in das Gesetz hineingezogen. In dem tatsächlichen Verhältnis sei nichts geändert, da das Gesetz die Wahl vollständig in die Hand der Regierung lege, diese also stets auf das Regulativ Rücksicht nehmen könne. — § 71 wird nach Ablehnung aller Amendements in der Fassung der Commission angenommen.

§ 72 wird in einer präziseren Redaction des Abg. v. Mallinckrodt angenommen: „Behufs Stellvertretung des Landrates werden von der Kreisversammlung zwei Kreisdeputierte auf je 6 Jahre gewählt. Dieselben bedürfen der Bestätigung des Oberpräsidenten.“ — §§ 73—75 werden nach der Commission-Fassung genehmigt.

Die §§ 76—80 sind von der Commission in den Entwurf eingeschaltet; sie handeln von dem Zwangsvorfahren der Behörden des Kreises und

lauten: § 76. Der Landrat, der Amtsvorsteher und der Orts- (Gemeinde-, Guts-) Vorsteher können in Ausübung ihrer Polizeigewalt die durch ihre gesetzlichen Befugnisse gerechtfertigten Anordnungen durch Anwendung der gesetzlichen Zwangsmethoden unterstützen. Kann die zu erzwingende Handlung von einem Dritten geleistet werden, so ist die Behörde befugt, dieselbe von einem Dritten ausführen zu lassen, den Betrag der Kosten vorläufig zu bestimmen und im Wege der Execution von dem Verpflichteten einzuziehen. Kann die zu erzwingende Handlung nicht durch einen Dritten geleistet oder soll eine Unterlassung erzwungen werden, so ist die Behörde berechtigt, Geldbußen und zwar der Landrat bis zur Höhe von 50 R., der Amtsvorsteher bis zur Höhe von 20 R., der Ortsvorsteher bis zur Höhe von 1 R. anzudrohen und festzusetzen. Der Festsetzung muß immer eine schriftliche Androhung mit einer bestimmten Frist vorangehen. § 77. Sowohl gegen die Anordnung, wie gegen die angedrohte oder festgesetzte Strafe kann innerhalb 10 Tagen nach der Verhängung des schriftlichen Erlasses Berufung einlegen werden. Ist der Erlass von dem Ortsvorsteher oder von dem Amtsvorsteher ausgegangen, so erfolgt die Berufung sofort an das Verwaltungsgericht. Darüber ob im § 6 des Gesetzes über die Gültigkeit des Rechtsweges in Beziehung auf polizeiliche Verfügungen vom 11. Mai 1842 eine Verfügung, als gesetzwidrig oder unzulässig aufzuheben ist, entscheidet in Betreff der Verfügungen des Gemeinde- und Amtsvorsteher der Kreisausschüsse, beziehungsweise das Verwaltungsgericht, in Betreff der Verfügungen des Landrates das Verwaltungsgericht. § 78. Die Verfügung kann des Widerspruchs ungeachtet zur Ausführung gebracht werden, wenn diese nach dem Erlassen der Behörde ohne Nachtheil für das Gemeinwesen nicht ausgestest bleiben kann. § 79. Die endgültig festgesetzten Geldbußen, welche nicht beizutreiben sind, hat der Kreisausschuss auf Antrag der Behörde und nach Anhörung des Bevölkerung nach Maßgabe der Vorschriften der §§ 28 und 29 des Strafgesetzbuches vom 15. Mai 1871 in Haft umzuwandeln. § 80. Wegen der Zwangsmethoden, welche der Amtsvorsteher gegen die Orts- und Gutsvorstände verhängen darf, gelten die Vorschriften der §§ 76—78. Eine Umwandlung der Geldbußen in Haft findet nicht statt. — Ref. Lasker bezeichnet als die Bedeutung dieser Paragraphen, daß sie den polizeilichen Charakter der öffentlichen Verwaltung in einen Rechts-Charakter umzuwandeln sich bestreben. Nach seiner Meinung läßt sie diese Aufgabe in glücklicher Weise, wenngleich sie den Forderungen des Rechtsstaates noch nicht völlig entsprechen, so machen sie doch damit einen sehr erheblichen Anfang. Sie eröffnen jedem Staatsbürger, der sich durch Verfügungen der Verwaltung beschwert fühle, den Rechtsweg; freilich habe der Instanzenzug noch eine große Lücke, so lange ein Centralverwaltungsgericht fehle. Aber er bitte, jetzt weniger auf das Fehlende, als auf den schönen Anfang zu sehen. — Die §§ 76—80 werden angenommen.

Der dritte Titel der Vorlage handelt von der Vertretung und Verwaltung des Kreises. § 87 bestimmt, daß der Kreistag in Kreisen, welche unter Ausschluß der im aktiven Militärdienst stehenden Personen 25,000 oder weniger Einwohner haben, aus 25 Mitgliedern bestehen soll. In Kreisen mit mehr als 25,000 bis zu 100,000 Einwohnern tritt für jede 1000 Einwohner eine neue Abteilung hinzu. In Kreisen mit mehr als 100,000 Einwohnern für jede über die letztere Zahl überreichende 1000 Einwohner je eine weitere Abteilung hinzu. Nach kurzer Berufung durch den Referenten wird der Paragraph genehmigt. — § 82 und die folgenden, die von der Bildung der Wahlverbände für die Wahl der Kreistags-Abgeordneten, der Verbände der größeren ländlichen Grundbesitzer, der Landgemeinden und der Städte handeln, geben Abg. Gläser Anlaß zu einem lebhaften Angriff gegen die ganze Vorlage und ihre Behandlung seitens der Commission, welche letztere er als eine überreiche bezeichnet. Dieser Vorwurf weist Miquel lebhaft zurück; statt seines verspäteten Todes hätte Herr Gläser besser gethan, seine Einwürfe in greifbarer Form zur Kenntniß der Commission und des Hauses zu bringen. Noch drücklicher lautet die Abfertigung des Abg. Gläser in dem Munde des Referenten v. Brauchitsch, der, obwohl selbst der conservativen Partei angehört, aber als treuer Mitarbeiter an der reformatorischen Arbeit der Commission sich und seine Freunde von der „kleinen aber mächtigen“ Minorität der conservativen Partei mit äußerster Schärfe trennt. Wenn diese Minorität seit 1869 keine Zeit gefunden habe, positive und fruchtbare Vorlagen in Sachen der Kreisordnung zu machen, sondern ihre einzige Kraftäußerung in dem Tadel der Commissionsarbeit bestehend und zwar mit Worten, wie sie niemals im Hause gegen eine Commission gebraucht worden sind, so könnte man einer solchen conservativen Minorität eine sonderlich günstige Zukunft nicht prophezeien. Unzweifelhaft würde Abg. Gläser seine Kritik ebenso gegen jede andere Fassung der Vorlage gerichtet und jede, auch die entgegengesetzte, als revolutionär bezeichnet haben, je nachdem es den Interessen seiner Fraktion paßt. Diese letztere Vorwurf weist Abg. Gläser als eine Ungehörigkeit zurück. Ref. v. Brauchitsch: Ich muß den Ausdruck „Ungehörigkeit“ wohl als einen parlamentarischen be-

worden ist. (Den Vorsitzen führt zur Zeit der Vizepräsident v. Kölle.) — § 83 der Commissionsvorlage lautet: Der Wahlverband der größeren Grundbesitzer besteht mit Einschluß der juristischen Personen, Actiengesellschaften und Commanditgesellschaften auf Aktien aus allen denjenigen zur Zahlung von Kreisabgaben verpflichteten Grundbesitzern, welche von ihrem gesammelten auf dem platten Lande innerhalb des Kreises belegenen Grundbesitzum die höchsten Beiträge an Grund- und Gebäudessteuer bis zum Belaufen der Hälfte des Gesamtbetrages dieser vom platten Lande aufzunehmenden Steuern entrichten, beziehungsweise zu entrichten haben würden, wenn sie nach Maßgabe der Gesetze vom 21. Mai 1861 zur Grund- und Gebäudessteuer veranlagt wären. Zum Wahlverband der größeren Grundbesitzer gehört auch derjenige, dessen Steuerbetrag nur teilweise in die erste Hälfte fällt. Läßt sich nach dem Steuerbetrag nicht bestimmen, welcher unter mehreren Grundbesitzern zum Wahlverband der größeren Grundbesitzer zu rechnen ist, so entscheidet das Los. Es sollen jedoch diejenigen Grundbesitzer, deren Grund- und Gebäudessteuer den Betrag von 100 R. erreicht, in allen Fällen dem Wahlverband der größeren Grundbesitzer, dagegen diejenigen Grundbesitzer, deren Grund- und Gebäudessteuer den Betrag von 75 R. (und deren Besitz 75 Hektaren) nicht erreicht, dem Wahlverband der Landgemeinden angehören. Nach Erlass der Provinzialordnung bleibt den Provinzialvertretungen überlassen, für ihre Provinz oder auch für einzelne Kreise in derselben den letzteren Betrag von 75 R. bis auf den Betrag von 50 R. zu ermäßigen. Diejenigen Gewerbetreibenden und Bergwerksbesitzer, welche wegen ihrer auf dem platten Lande innerhalb des Kreises betriebenen gewerblichen Unternehmungen in der Klasse A. I. der Gewerbesteuer mit dem Mittelzuge veranlagt sind, treten dem Wahlverband der größeren Grundbesitzer hinzu. Der § wird angenommen, nachdem auf den Antrag Birchow's die oben in Parenthese gesetzten Worte: „und deren Besitz 75 Hektaren“ gestrichen sind.

Zu § 84 (Bildung des Wahlverbandes der Landsgemeinden) nimmt Abg. Gläser unter großer Unruhe das Wort, um zu bemerken, daß alle seine gegen die Commissionsvorlage gerichteten Einwendungen ebenso gut gegen die der Regierung hätten gerichtet werden können, da beide auf demselben Prinzip beruhen, nur mit dem Unterschied, daß die Wirkungen der Regierungsvorlage nicht ganz so zerstörend seien. Es sei vorhin mit Berichtigung von der kleinen Fraction gesprochen worden, der er angehören die Ehre habe; aber diese steht der Regierung nicht nahe genug, um auf dieselbe durch eigene Vorschläge wirken zu können. Aber das wäre eine kleine Minorität, daß es etwas höheres gebe, als alle Regierung, das seien Recht und Wahrheit und Recht und Wahrheit würden bleiben, wenn alle Illusionen der neuen Kreisordnung längst geschwunden seien. (Heiterkeit.) — Der § 84 wird unverändert angenommen, desgleichen 85 und 86; § 87 in folgender von v. Deuzin beantragten und von Lasker aus dem Grunde befürworteten Fassung, weil sie kein Mandat verschwinden läßt, wenn die genügende Anzahl wahlberechtigter größerer Grundbesitzer nicht vorhanden ist, sondern sämtliche Mandate eventuell für den Wahlverband der Landsgemeinden rettet. Sie lautet: „Bleibt die vorhandene Zahl der in dem Wahlverband der größeren Grundbesitzer Wahlberechtigten in einem Kreise unter ihrem Verbände nach § 86 zu kommen Abgeordnetenzahl, so wählt dieser Verband nur so viele Abgeordnete, als Wähler vorhanden sind, und fällt die demselben hiernach abgehende Zahl von Abgeordneten dem Wahlverband der Landgemeinden zu.“

Um 4 Uhr vertagte sich das Haus, nachdem Präsident v. Forckenbeck angezeigt hat, daß er die Glückwünsche des Hauses dem Kaiser in einem vom Präsidium unterzeichneten Schreiben mitzuteilen beabsichtige. Das Haus ertheilt ihm dazu die Ermächtigung. — Nächste Sitzung Donnerstag.

## Herrenhaus.

20. Sitzung am 20. März.

Pensionsgesetz für Civilbeamte. — Ref. Hasselbach macht darauf aufmerksam, daß dies Gesetz nun auch die Verpflichtungen der städtischen Gemeinden, städtischen Corporationen etc. wesentlich erhöhe, und ob dies überall ohne große Härten gegen die Communen etc. durchführbar sei, könne er um so weniger übersehen, als in den Motiven auf die Commissionsvorlage der Rückwirkung des Gesetzes auf die Communen etc. gar nicht gedacht und dies auch im Abgeordnetenhaus nicht geschehen sei. Trotzdem empfiehlt die Commission das Gesetz, um dem anerkannten Bedürfnis zur Reform der Pensionenabrechnung abzuhelfen. Einstimmig sah in dessen die Commission den Beschluss, das legte Alinea des § 20: „Beamte, die nach Vollendung ihres 60. Lebensjahrs ihre Versorgung in den Ruhestand nachzuführen, sind jedoch vom Weise ihrer Dienstfähigkeit befreit.“ zu streichen. — Reg.-Comm. v. Wolff: § 38 des Entwurfs lasse darüber keinen Zweifel daß überall da, wo nach der bestehenden Gesetzesgebung die Communen und städtischen Corporationen etc. verpflichtet seien, ihre Beamten nach den für die unmittelbaren Staatsbeamten bestehenden Grundsätzen zu pensionieren, die durch das neue Gesetz veränderten Grundsätze auch für die Communal- und städtischen Beamten zur Anwendung kommen sollten. — Zu einer Specialdiscusion giebt nur § 20 Veranlassung; dessen letzte Alinea zu streichen, Referent nochmals empfiehlt, da

lehr viele Beamte nach zurückgelegtem 60. Lebensjahr noch vollkommen dienstfähig seien, gerade für die höchsten Beamten nur die Beurteilung doppelt groß würde, sich vom Staate, oder den Communen die Pension zu erbitten, und nun da eben bei den zahllosen Actien-Gesellschaften ihre Kräfte zu vermerken. — Wildens und Bloemer sprechen sich lebhaft für die Aufrechterhaltung dieser Bestimmung aus: ersterer hält dieselbe für geeignet, die Beamtenkollegen von einer großen Zahl nur halb brauchbarer Arbeiter zu befreien; letzterer glaubt, die Art der Motivierung, mit der der Regierung die Streichung begründet, auf Grund der Integrität des preußischen Beamtenstandes auf's Entscheide zu rückschließen zu müssen. — Graf Brühl spricht für Streichung des Alineas, dessen Bedeutung nach der Ansicht des Finanzministers von beiden Seiten überwiegt wird. Die Staatsregierung lasse dem Herrnbaume in dieser Frage freie Hand, sie glaube nicht, daß das Schicksal des Gesetzes von der Annahme oder Ablehnung des Alineas abhängig sei. In der darauf folgenden Abstimmung wird Alinea 3 gestrichen, die übrigen Paragraphen der Vorlage dagegen unverändert genehmigt.

Ohne weitere Debatte genehmigt das Haus durch Schlussberatung die Entwürfe betreffend die Pfandleihanstalten zu Kassel, Fulda und Hanau, den Eigentumserwerb und die dingliche Belastung der Grundstücke, die Grundbuchordnung nebst Kostentarif und das Gesetz betreffend die Stempelabgaben von gewissen beim Grundbuchamt anzubringenden Anträgen. — Ebenso genehmigt das Haus das Gesetz betreffend die Form der Verträge, durch welche Grundstücke zertheilt werden, mit einem von Dernburg zu § 2 gestelltem Amendment: „Die §§ 2, 3 und 4 des Gesetzes vom 24. Mai 1853 werden aufgehoben.“ — Nächste Sitzung Sonnabend.

#### Deutschland.

+ Berlin, 20. März. Der Gesundheitszustand des Kaisers giebt zu keinen Bedenken Veranlassung; wenn er auch in Rücksicht auf denselben die große Gratuationscoup abgesagt hat, so arbeitet er doch in gewöhnlicher Weise in seinem Cabinet und nimmt die Vorträge der Cabinettsräthe entgegen. Wie es heißt, wird Fürst Bismarck schon morgen wieder nach Berlin zurückkehren, um dem Kaiser an dessen Geburtstage seine Glückwünsche persönlich darzubringen und dem Feste zu präsentieren, das er in seiner Stellung als Reichskanzler und Ministerpräsident der Diplomatie und den höchsten Beamten seines Reviers zu geben pflegt. — Der „Prov.-Corr.“ aufs folge gehörte zu den Vorlagen, welche in erster Linie an den am 8. April zusammengetrettenen Reichstag gelangten werden: außer dem Reichshaushalt-Etat, dem Entwurf eines Militär-Strafgesetzes und einem Gesetzentwurf wegen Erhebung der Brautsteuer im deutschen Reiche, mehrere mit auswärtigen Staaten abgeschlossene Verträge, namentlich ein Postvertrag mit Frankreich, ein Auslieferungsvertrag mit Großbritannien und ein Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Portugal. — Das Abgeordnetenhaus bemüht sich die Berathung der Kreisordnung so zu beschleunigen, daß sie noch in dieser Woche beendigt wird, obgleich die Herren von der „kleinen aber mächtigen“ Fraction sich das Verfahren der Linken im ungarnischen Abgeordnetenhaus zum Muster zu nehmen scheinen: durch fruchtbare Reden die Verhandlung zu verschleppen. Überwürdig genug ist es dabei, daß die beiden Abgeordneten von der Minorität der Conservativen, welche am häufigsten für die Conservirung der „ritterschaftlichen Rechte“ eintreten, selbst „Ritter“ von ziemlich neuem Datum sind. Hr. v. Mitschke-Collande ist vereinst schließlich August Mitschke getauft und der Landrat von Meyer ist auch als ein ganz unterschiedloses Mitglied der großen Familie Meyer ins Leben getreten und hat sich erst später, nachdem er den Landbesitz bei Arnswalde erworben, den Adel erbeten. — Der bekannte Brief des Abg. Windthorst, dessen zunächst der Reichskanzler im Herrenhause erwähnt und der später in der „Kgl. Bzg.“ abgedruckt erschien, hat zu einer Interpellation der Centrums-Fraction Beratung gegeben, welche auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung steht. Es heißt in der Interpellation:

Die Auslieferung des gebrochenen Briefes an die politische Behörde und dessen Veröffentlichung, welche ohne Wissen des Abgeordneten Windthorst geschehen ist, erscheint, abgesehen von dem Umstände, daß der Brief nicht an den, der Haussuchung unterworfenen Hrn. v. Koziyan in Posen gerichtet war, als eine schwere Indiscrétion, welche weder der Inhalt des Briefes noch die herangezogenen Umstände irgendwie motivieren, die sich vielmehr objektiv als ein Amtsmissbrauch qualifiziert. Der Unterzeichnete richtet an die R. Staatsregierung die Anfrage, ob sie von dem vorgedachten Sachverhalte Kenntnis genommen hat und gefonnen ist, Anordnungen zu treffen, um den Urheber der in Rede stehenden Veröffentlichungen zur Verantwortung zu ziehen und der Wiederholung solcher Verkommisse nach Möglichkeit vorzubeugen.“

— Die Special-Commission, welche vom Reichskanzleramt zur Berathung der deutschen Seemanns-Ordnung einzuberufen wurde, soll ihre Arbeiten so weit gefordert haben, daß dem Reichstage wahrscheinlich in der nächsten Session der betreffende Gesetzentwurf vorgelegt werden kann.

— Obgleich Hr. v. Forckenbeck bereits früher erklärt hat, eine etwaige Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Berlin nicht annehmen zu können, hat bekanntlich die Vorversammlung der Stadtverordneten seine Candidatur festgehalten. Im Fall die Wahl desselben einstimmig erfolgt, schreibt die „Sp. Bzg.“, hofft man Hrn. v. Forckenbeck zur Annahme derselben bestimmen zu können.

— Eine Privatdepeche des „N. C.“ meldet: „Das Ministerium hat sich entschlossen, die Beistungsstempelsteuer vom 1. Januar 1873 an fallen zu lassen. Der Finanzminister hat hierüber bereits vor einigen Tagen in einer Commissionsitzung des Abgeordnetenhauses feste Zusage gegeben.“

— In dem Besinden des Justizministers Leonhardt ist die Besserung soweit vorgeschritten, daß derselbe schon seit einiger Zeit Besuche empfängt und am 22. März dem Kaiser seine Glückwünsche persönlich wird darbringen können.

— Die Befestigung der unteren Elbe wird eifrig fortgesetzt, und man spricht bereits von Errichtung eines dritten Elfsorts, mit welchem noch im Laufe dieses Jahres vorgegangen werden soll.

— Dem Bernehmen nach soll jetzt sowohl gegen die Mitglieder der Jesuiten-Gesellschaft als auch gegen die Mitglieder anderer geistlicher Orden

mit der Ausweisung vorgegangen werden, falls sie sich nicht als Preußen oder Angehörige eines andern deutschen Staates ausweisen können.

— Der Landrat v. Meyer nannte im Abgeordnetenhaus den gegenwärtigen Landrat das „Organ der Selbstverwaltung“. Als Illustration dazu kam folgender Utaas dienen. Der Landrat Graf Häseler zu Freienwalde hat unterm 8. d. folgende Bekanntmachung erlassen: „Das Halten von Schantmädchen in den öffentlichen Lokalen, namentlich in den größeren Städten des Regierungsbezirks Potsdam, hat in einer die Sittlichkeit in hohem Grade gefährdeten Weise überhand genommen. Es ist allgemein bekannt, daß diese Mädchen in der überwiegenden Mehrzahl der Unzucht ergeben sind, (von wannen kommt Euch diese Wissenschaft, Hr. Graf?) daß sie sich gegen Bezahlung jedem Gaste Preis geben und daß die Wirths dieses standbaren Treiben nicht nur dulden, sondern geradezu begünstigen. Die Ortspolizeibehörden des Kreises, in deren Bezirke sich Schantmädchen befinden, wollen mit allem Nachdruck event. unter Androhung und Festsetzung von Executionsstrafen und durch Androhung von Concessionsentziehung darauf hinwirken, daß die Wirths dieselben sofort aus ihrer derselbigen Stellung entlassen. Innerhalb 14 Tagen erwarte ich von denjenigen Ortspolizeibehörden, welchen diese Verfligung angeht, Bericht, was zur Ausführung geschehen ist.“

Graf Häseler

Köln, 19. März. Die wegen ihrer Nichtanerkennung des Unfehlbarkeitsdogmas von dem Erzbischof von Köln mit der größeren Excommunication belasteten Bonner Professoren Hilgers, Langen, Neisch und Knoodt haben einen offenen Brief an den Erzbischof gerichtet, in dem sie ihren Standpunkt wahren und damit dem Erzbischof auf sein eigenes Verhalten auf dem Concil hinweisen, wo er u. A. erklärt, daß neue Dogma sei in manchen Gegenden so „unbekannt“, daß es „vielen Gläubigen als eine Aenderung der Religion und zwar als eine Aenderung des Fundaments derselben“ erscheinen werde. Die Erklärung schließt: „Es steht in Gottes Hand, ob wir das Ende der jüngsten Verwirrung erleben werden; wir wollen aber lieber mit ungerechten Censuren beladen aus diesem Leben scheiden, als uns zu Mitschuldigen derjenigen machen, welche diese Verwirrung herbeigeführt haben oder in mißverständnem Eifer für die Erhaltung der äußerlichen kirchlichen Einheit sich zu Lehren beklamen, in denen sie bei ehrlicher Prüfung gleich uns nur eine wesentliche Entstaltung des überlieferten Glaubens der katholischen Kirche zu erblügen vermögen.“

Breslau, 20. März. Der Justizrat Max Simon ist heute gestorben. Max Simon, geb. 1814, gehörte 1848/49, wie sein Freund und Vetter Heinrich Simon, der deutsche National-Versammlung an; während der Conflictzeit vertrat er Breslau im Abgeordnetenhaus und 1867 im constitutirenden Reichstage, Gründer der Fortschrittspartei an, stimmte jedoch für die Reichsverfassung. Er war ein Schwiegerohn des durch die Dresdener Mairevolution bekannt gewordenen Reg. Rath Lott. Simon hat sich namentlich noch um das öffentliche und kommunale Leben Breslaus entschiedene Verdienste erworben.

Oppeln, 18. März. Der „Germania“ wird aus dem „Oppelner Wahlkreise“ gemeldet, daß zw. ei. oberschlesische Gymnasiallehrer wegen ihrer im Pleß-Ruhauer Wahlkreise gehaltenen Wahlreden vom Provinzial-Schul-Collegium zu Breslau zur Verantwortung gezogen bez. veranlaßt wurden, die Manuskripte ihrer Reden bei der genannten Behörde einzureichen.

München, 20. März. In der zweiten Kammer wurden vom Ministerpräsidenten folgende Gesetzesvorlagen eingebrochen: 1) wegen der Verwilligung von 8 Millionen Gulden zu Ergänzung und Vermehrung des Betriebsmaterials auf d. n. Staatsbahnen, 2) von 14,078,800 Gulden zur Befolgsanwendung des Eisenbahngesetzes resp. als Nachschuß für bereits genehmigte Bahnlinien, 3) von 345,330 Gulden für Anlage eines Rangirbahnhofs in Ingolstadt, 4) Übernahme der Binsgarantie für 5 Millionen Gulden zum Ausbau des pfälzischen Eisenbahngesetzes. Der Finanzminister legte einen Gesetzentwurf vor, nach welchem die bis jetzt eingegangene Kriegsschädigung Bayern's vorzugsweise zur Deckung der Kriegslosen, den später noch auf Bayern entfallende Anteil zur Rückzahlung der älteren Militärschuld verwendet werden soll. (W. T.)

Stuttgart, 20. März. Der „Staatsanzeiger“ meldet, der Kaiser habe die für den Kriegsmünster v. Suckow bestimmte Dotiration von 100,000 R. dem Könige mit der Bitte übermacht, dieselbe an den Kriegsminister gelangen zu lassen, indem er damit den hervorragenden Verbiensten derselben um die Organisation und bewährte Kriegstüchtigkeit des Württembergischen Armeecorps seine Anerkennung bekräftigen wolle. Der König habe die gedachte Summe sofort dem Kriegsminister mittelst eines Handschreibens überwiesen, in welchem seine Befriedigung über diese dem Kriegsminister und in dessen Person den tapfern Truppen des Königs zu Theil gewordene Anerkennung ausgedrückt wird. (W. T.)

#### Schweiz.

Bern, 20. März. Der Bundesrat hat heute dem eidgenössischen Postdepartement Vollmacht zur Unterzeichnung des Entwurfs eines neuen mit Russland abgeschlossenen Postvertrags erteilt.

#### England.

London, 19. März. In der heutigen Sitzung des Unterhauses richtete Horrison die Anfrage an die Regierung, ob derselbe die Befreiung geben wolle, daß ferner den Vereinigten Staaten unterbreite Vorschläge erst dann für England als bindend angesehen werden sollen, wenn das Parlament seine Meinung über dieselben ausgesprochen habe? Gladstone erklärte, er könne diese Frage erst nach Rücksprache mit seinen Collegen beantworten. Die Verweigerung einer sofortigen Beantwortung dieser Frage siehe jedoch in keinem Zusammenhang mit der Antwort auf die amerikanische Note, welche morgen dem General Schenck zugehen solle. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung führte der Antrag Sir Charles Dilles, daß über die Civilisten der Königin, die Ausgaben für Hochsachen u. s. w. Rechnung gelegt werden solle, zu einer stürmischen Scene. Gladstone widersprach dem Antrag mit der ausdrücklichen Erklärung, daß die Königin wegen der Verwendung der Civilisten dem Parlamente nicht verantwortlich sei und daß die Ausgaben für die Hochsachen jetzt viel geringer seien, als in früherer Zeit. Viele Mitglieder von beiden Seiten des Hauses verließen den Saal. Als um 9 Uhr die Wiedereröffnung der Sitzung stattgefunden hatte, wurde der Antrag Sir Charles Dilles mit 276 gegen 2 Stimmen abgelehnt. (W. T.)

#### Frankreich.

Paris, 18. März. Heute, am Jahrestage des Ausbruches der Insurrection vom 18. März, haben die Behörden große Vorsichtsmaßregeln ergreifen. Alle Wachtposten sind verstärkt worden und die ganze Garnison ist konstituiert. Jede Person, die sich an irgend einer Demonstration beteiligt oder den Tag auf irgend eine Weise zu feiern sucht, wird sofort verhaftet. Zahlreiche geheime Agenten sind nach London und Genf abgegangen, um das Gebaren der Communisten am heutigen Tage zu überwachen und Bericht darüber zu erstatten. Ruhestörungen in Paris sind indessen kaum zu erwarten.

— Das Heeresbudget wird Thiers jedenfalls, nachdem er sich mit der Budgetcommission geeinigt hat, zur Annahme bringen. Auch die Linke hat gestern in ihrer schon erwähnten Versammlung nach Anhörung der Generale Villot und Frebault die Randôches Erspartivorschläge für unannehbar erklärt. In der Presse beschwert man sich nicht über die Höhe des Militärbudgets, sondern darüber, daß unzulängliche Summen für den Unterricht angewiesen sind. Das „Sicle“ sprach schon vorgestern mit einer Art neidischer Anerkennung von der prachtvollen Ausstattung, den großen Kosten, welche die Deutschen auf die neue Universität in Straßburg gewandt haben; die „Debats“ behandelte heute dasselbe Thema in einem Artikel des jungen Gelehrten A. Piratet. „Der Staat heißt es da u. a., welcher vor 15 Jahren 900,000 Franken für die dreißig Facultäten des Kaiserreiches veranschlagte, veranschlagt heute nur mehr 200,000, d. h. die Hälfte weniger als Deutschland für die eine Universität von Straßburg. Die Misere unseres höheren Unterrichts übersteigt alle Begriffe.“ Und hier wird ein amtlicher Bericht des Herrn Wurz, Vorsteher der medicinischen Facultät von Paris, citirt, welcher die läufigsten Dinge von der Verwahrlosung, der Unordnung, welche in der medicinischen Schule herrschen, berichtet. „Traurig zu sagen,“ schließt dieser Bericht (im Februar 1872): „es steht kaum besser in den anderen höheren Unterrichtsanstalten. Fast überall ist die Wissenschaft vergessen inmitten der haupsstädtlichen Reichthümer, und mit dem Nebenwuchs der materiellen Interessen geht die Vernachlässigung der geistigen Dinge und das wissenschaftliche Elend Hand in Hand.“

— Die Enquête-Commission über die Belagerungen ist nicht nur in ihrem Urtheil über Bazaine streng. Auch Bourbaki ist getadelt worden, weil er die vor dem Feinde stehende Armee verlassen hat. Man erinnert sich der mysteriösen Reise des Generals nach Chislehurst, welche er unter Zustimmung und persönlicher Beihilfe Bazaines unternommen hat.

— 19. März. Das officielle Journal „Bien public“ bespricht die in den Zeitungen umlaufenden Gerüchte von der angeblich gebildeten oder in der Bildung begriffenen neuen politischen Allianzen, betont dem gegenüber das Bedürfnis Frankreichs nach Ruhe und einem lange währenden Frieden und erklärt als Programm der französischen Republik von 1872: „Würde nach Außen Festigkeit nach innen.“ — Auch andere Zeitungen äußern sich in ähnlicher Sinne. „Patrie“ veröffentlicht den Inhalt einer Unterredung, welche Thiers gestern mit Eugène Arnould gehabt hat und in deren Verlaufe Thiers sich u. A. dahin geäußert haben soll, daß dieseljenigen, welche das Wort „Revanche“ fortwährend im Munde führen, in der That nicht wütten, was sie sagten. „Alle unsere Anstrengungen, hätte Thiers erklärt, müssen darauf gerichtet sein, unseres Credit wieder zu befestigen, die Hilfsquellen unseres Grund und Bodens und unserer Industrie zu erschließen und Frankreich sein ehemaliges „prestige“ wieder zu geben. Deshalb bin ich vor allem bemüht, gute Finanzen und ein tüchtiges Heer wieder herzustellen.“ Nach weiteren Lobeserhebungen über die französische Armee und nachdem Thiers jeden Gedanken einer durch Deutschland irgendwo drohenden kriegerischen Entwicklung als äußerst unwahrscheinlich zurückgewiesen, hätte Thiers die Unterredung mit den Worten beendet: „Frankreich heißt seine Wunden und beschäftigt sich nur mit der Arbeit, nicht etwa für den Krieg, sondern für die Ruhe der Welt und seine eigene.“ (W. T.)

— 19. März. Der heute hingerichtete Prälat de Vedel beteuerte bis zum letzten Augenblick seine Unschuld, commandierte selbst Feuer und starb mit großem Muthe. Die beiden andern wegen der Ermordung Chaudey's verurtheilten sind zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begradigt worden.

— Wegen angeblicher revolutionärer Pläne der nach der Schweiz geflüchteten französischen Kommunisten verlangt die französische Regierung von dem eidgenössischen Bundesrathe die Internirung der gefährlichsten revolutionären Führer. Sie beruft sich auf das Präcedens, daß zurückgewiesen, hätte Thiers die Unterredung mit den Worten beendet: „Frankreich heißt seine Wunden und beschäftigt sich nur mit der Arbeit, nicht etwa für den Krieg, sondern für die Ruhe der Welt und seine eigene.“ (W. T.)

— 19. März. Der heute hingerichtete Prälat de Vedel beteuerte bis zum letzten Augenblick seine Unschuld, commandierte selbst Feuer und starb mit großem Muthe. Die beiden andern wegen der Ermordung Chaudey's verurtheilten sind zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begradigt worden.

— Wegen angeblicher revolutionärer Pläne der nach der Schweiz geflüchteten französischen Kommunisten verlangt die französische Regierung von dem eidgenössischen Bundesrathe die Internirung der gefährlichsten revolutionären Führer. Sie beruft sich auf das Präcedens, daß zurückgewiesen, hätte Thiers die Unterredung mit den Worten beendet: „Frankreich heißt seine Wunden und beschäftigt sich nur mit der Arbeit, nicht etwa für den Krieg, sondern für die Ruhe der Welt und seine eigene.“ (W. T.)

— 19. März. Der heute hingerichtete Prälat de Vedel beteuerte bis zum letzten Augenblick seine Unschuld, commandierte selbst Feuer und starb mit großem Muthe. Die beiden andern wegen der Ermordung Chaudey's verurtheilten sind zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begradigt worden.

— 19. März. Der heute hingerichtete Prälat de Vedel beteuerte bis zum letzten Augenblick seine Unschuld, commandierte selbst Feuer und starb mit großem Muthe. Die beiden andern wegen der Ermordung Chaudey's verurtheilten sind zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begradigt worden.

— 19. März. Der heute hingerichtete Prälat de Vedel beteuerte bis zum letzten Augenblick seine Unschuld, commandierte selbst Feuer und starb mit großem Muthe. Die beiden andern wegen der Ermordung Chaudey's verurtheilten sind zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begradigt worden.

— 19. März. Der heute hingerichtete Prälat de Vedel beteuerte bis zum letzten Augenblick seine Unschuld, commandierte selbst Feuer und starb mit großem Muthe. Die beiden andern wegen der Ermordung Chaudey's verurtheilten sind zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begradigt worden.

— 19. März. Der heute hingerichtete Prälat de Vedel beteuerte bis zum letzten Augenblick seine Unschuld, commandierte selbst Feuer und starb mit großem Muthe. Die beiden andern wegen der Ermordung Chaudey's verurtheilten sind zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begradigt worden.

— 19. März. Der heute hingerichtete Prälat de Vedel beteuerte bis zum letzten Augenblick seine Unschuld, commandierte selbst Feuer und starb mit großem Muthe. Die beiden andern wegen der Ermordung Chaudey's verurtheilten sind zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begradigt worden.

— 19. März. Der heute hingerichtete Prälat de Vedel beteuerte bis zum letzten Augenblick seine Unschuld, commandierte selbst Feuer und starb mit großem Muthe. Die beiden andern wegen der Ermordung Chaudey's verurtheilten sind zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begradigt worden.

— 19. März. Der heute hingerichtete Prälat de Vedel beteuerte bis zum letzten Augenblick seine Unschuld, commandierte selbst Feuer und starb mit großem Muthe. Die beiden andern wegen der Ermordung Chaudey's verurtheilten sind zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begradigt worden.

— 19. März. Der heute hingerichtete Prälat de Vedel beteuerte bis zum letzten Augenblick seine Unschuld, commandierte selbst Feuer und starb mit großem Muthe. Die beiden andern wegen der Ermordung Chaudey's verurtheilten sind zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begradigt worden.

— 19. März. Der heute hingerichtete Prälat de Vedel beteuerte bis zum letzten Augenblick seine Unschuld, commandierte selbst Feuer und starb mit großem Muthe. Die beiden andern wegen der Ermordung Chaudey's verurtheilten sind zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begradigt worden.

— 19. März. Der heute hingerichtete Prälat de Vedel beteuerte bis zum letzten Augenblick seine Unschuld, commandierte selbst Feuer und starb mit großem Muthe. Die beiden andern wegen der Ermordung Chaudey's verurtheilten sind zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begradigt worden.

— 19. März. Der heute hingerichtete Prälat de Vedel beteuerte bis zum letzten Augenblick seine Unschuld, commandierte selbst Feuer und starb mit großem Muthe. Die beiden andern wegen der Ermordung Chaudey's verurtheilten sind zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begradigt worden.

— 19. März. Der heute hingerichtete Prälat de Vedel beteuerte bis zum letzten Augenblick seine Unschuld, commandierte selbst Feuer und starb mit großem Muthe. Die beiden andern wegen der Ermordung Chaudey's verurtheilten sind zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begradigt worden.

— 19. März. Der heute hingerichtete Prälat de Vedel bet



Den Empfang reicher Nouveautés in

# schwarzen und couleurten seidenen und Camelgarn-Franzen, Besätzen, Arrangements, Knöpfen, Sammetbändern etc.

beehren wir uns ergebenst anzugeben.

## A. BERGHOLD'S SOEHNE,

Langgasse No. 85, am Langgasser Thor.

### Liverpool & London & Globe Versicherungs-Gesellschaft.

Wir beehren uns hiermit anzugeben, daß wir  
Herrn Carl Treitschke hieselbst  
eine Agentur unserer Gesellschaft übergeben haben.

Danzig, den 18. März 1872.

Die General-Agentur  
**Otto Jorck.**

Unter Bezugnahme auf vorstehende Anzeige halte ich mich zum Abschluß von  
Feuer- und Lebens-Versicherungen jederzeit bestens empfohlen.

Danzig, den 18. März 1872.

**Carl Treitschke**  
(Comtoit: Wallplatz 12.)

### Gardinen, Möbelstoffe, Teppiche und Tischdecken empfiehlt in allen Qualitäten in großer Auswahl **August Mombert.**

### Öldrucke, Kupferstiche

in reichster Auswahl mit und ohne Rahmen in der  
**L. Saunier'schen Buchh., A. Scheinert, Danzig.**

### S. Abramowsky,

Langgasse No. 2,  
empfiehlt sein großes Lager fertiger Puppenküände vom billigsten bis zu  
dem teuersten Genre, und sämtliche zum Anfertigen des Puppen und Besatzes  
brauchbarer Artikel bei ganz soliden Preisen. Große Auswahl besonders in  
schwarzen Bijouterie-Sachen, Blumen von 1 Sgr. bis 3 R. pro Strauß,  
Federn in Fantasie, schwarz, grau, braun und weiß pro Stück von 10 Sgr.  
bis 80 R.

### Mull-Blousen

a 15 Sgr, 17½ Sgr, 20 Sgr bis 2½ R.

Hiermit mache ich die ergebene Anzeige, daß ich nach dem Tode des Herrn Auctions-  
Commissarius Wagner mich als Auctions-Commissarius für den ländlichen  
Bezirk Danzigs hier niedergelassen habe.

Mein Bureau befindet sich Hundegasse 116 und nehme ich Aufträge zu Auctionen aller Art, sowohl von Mobilien als Immobilien, entgegen und bin ich persönlich  
von 9 Uhr Vormittags bis 3 Uhr Nachmittags im Bureau zu sprechen.

Behutsame Sicherstellung der mir anzuvertrauen Auctionen habe ich Dreitausend  
ein Hundert Thaler in sicheren Bank-Papieren (Berliner Discont-Commandite) bei  
der hiesigen Danziger Vereins-Bank, Buttermarkt 39, niedergelegt  
und kann jeder, den es interessirt, darüber Auskunft erhalten.

Ferner stelle ich meine in Schüddelkau bei Danzig belegenen, neu und massiv aus-  
gebauten Grundstücke, enthaltend circa 2 culm. Hufen, mit 450 R. jährlich baaren Reven-  
nuen, außer dem landwirtschaftlichen Ertrag, zur Sicherheit. Für dieses Grundstück sind  
mir wiederholt 15.000 R. geboten und habe darauf 5600 R. Hypotheken.

Auf die mir gütigst zu übertragenen Auctionen bin ich bereit Vorschüsse zu  
leisten und zahle ich nach stattgehabten Auctionen auf Verlangen die Beträge baar, unter  
dem üblichen Discont-Ablauf, aus.

Als Gebühren berechne ich die, den Auctions-Commissarien Seitens des Königlichen  
Gerichts und der Königlichen Regierung zuständigen Säze, auch habe ich mich um die er-  
ledigte Stelle des gerichtlichen Auctions-Commissarius beworben und werde ich seiner Zeit  
das geehrte Publikum von der Entscheidung je hoher Behörden in Kenntnis setzen.

Meine Befähigung für die Abhaltung von Auctionen ist schon vielfach in meiner  
bisherigen amtlichen Stellung bewährt befunden.

Ich bitte mich demnach mit Aufträgen gütigst zu beehren, die ich auf  
Gewissenhafteste ausführen werde.

Danzig, den 15. März 1872.

**Richard Arndt,**

Auctions-Commissarius,  
Orts-Schuh und Hoffestiger in Schüddelkau,  
Bureau: Hundegasse 116.

Ein neu aufgebautes Laden-  
lokal nebst Wohnung ist zu vermieten.  
Näheres Alst. Graben No. 16.

**Café d'Angleterre**

früher "drei Kronen",  
Langebrücke, am Heiligengrächter.  
Freitag, den 22. März, zur Geburtstags-  
feier Seiner Majestät des Kaisers: Große  
Sala: Vorstellung. Friedrich der  
Große bei Kunersdorf. Charakterbild.  
Anfang 7 Uhr. Jul. Heinsdorff.

Sonntag, den 24. März cr.,  
Abends 7 Uhr,  
im großen Saale des  
Schützenhauses

Aufführung der großen Pas-  
sionsmusik nach d. Evangelisten  
**Matthaeus**

für Soli, Doppelchor, Doppelorchester und  
Pianofortebegleitung von Johann Sebas-  
tian Bach. Die Soli sind in den Händen  
der Frau Franziska Wuerck und Herrn  
Geyer aus Berlin, Herrn Cantor Ode-  
wald aus Elbing und Hr. Kramp. Die  
Pianofortepartie hat Herr G. Jankev  
übernommen.

Numerirte Plätze à 1 R., nicht numerirte  
à 20 Sgr. (leitere in beschränkter Zahl), à 1 R.  
à 2½ Sgr., sind bei Herrn C. Biemissen,  
Langgasse 55, zu haben. Auswärtige Be-  
stellungen werden rechtzeitig erbeten.

Billete zu der Generalprobe am  
Sonntag, den 23. d. à 15 Sgr.

Der Vorstand  
des Danziger Gesangvereins.  
Brandstäter. Collen. A. Hein.  
C. Biemissen.

**Danziger Stadttheater.**

Freitag, 22. März. Zur Feier des Ge-  
burtstages Sr. Majestät des Kaisers: Jubel-  
Ouverture von C. M. v. Weber und Fest-  
prolog, gedichtet und gesprochen von Herrn  
Elmentreich. Hierauf: Gläubiges Gastspiel der  
Frau Kipper und des Herrn Ludwig vom  
Kai. Hoftheater in Petersburg. Zum ersten  
Male: Madelaine Morel. Charakterge-  
mälde in 5 Aufzügen von Moenthal.

**Selonke's Etablissement.**

Freitag, den 22. März. Zur Geburts-  
tagfeier Sr. Majestät des deutschen  
Kaisers: Große Fest-Vorstellung und  
Concert. Gastspiel der Braag'schen  
Gesellschaft. Benefiz für die Sou-  
breite Frau Paula Marx.

U. U.: Jubel-Ouverture, Festprolog,  
gedichtet von B. M., gesprochen von Frau  
Marx. Das eiserne Kreuz. Militärisches  
Genrebild. Großes Ballet. Potpourri.  
Zu dieser ihrer Benefiz-Vorstellung er-  
laubt sich ergebenst einzuladen

Paula Marx.

Sonnabend, Nachmittags 3 Uhr:  
**Große Kinder-Vorstellung.**

Abends keine Vorstellung.

Um irrgänzen Auffassungen zu ver-  
hindern, erkläre ich hiermit, daß das  
Gebäude in No. 7200 dieser Ztg. nicht  
von mir ausgegangen ist.

Mohr,

Restaurateur des Weißlichen Kaffeehaus.

Herr G. .... wird dringend gebeten, Freitag,

den 22., das Theater nicht zu verläummen.

**C. 31 poste restante.**

Redaktion, Druck und Verlag von  
A. W. Rafemann in Danzig.

### Den Empfang reicher Nouveautés in Möbel- und Portierenstoffen, Teppichen, Tisch- decken, Schweizer Tüll-Gardinen &c. für Wohnungs-Einrichtungen beehrt sich ergebenst anzugeben

**H. M. Herrmann.**

Den Empfang der Frankfurter Messwaren zeige ich  
hiermit meinen werthen Kunden ergebenst an und  
empfehle mein auf's Reichhaltigste sortiertes Lager zu noch  
alten billigen Preisen der geneigten Beachtung.

**J. Kickbusch, Firma: J. A. Potrykus,**

Holzmarkt, Glockenthör-Ecke.

Das bisher von Herrn C. Fischel geführte, durch Eleganz und  
Haltbarkeit bekannte Fabrikat von

### Sonnen- und Regenschirme

empfehle ich von jetzt ab meinen werthen Kunden.

**Neue Sonnenschirme**

sind bereits eingetroffen.

**Regenschirme**

treffen in kurzem ein.

**A. Cohn Wwe.**

### Chemische Fabrik zu Danzig.

Zur Frühjahr-Bestellung empfehlen wir unter Gehalts-Garantie:

Gedämpftes Knochenmehl, aufgeschlossenes Knochenmehl, din.  
Superphosphate, schwefelsaures Ammoniak, Chili-Salpeter,  
Staßfurter Kali-Salze zu Originalpreisen, sein gemahlenen  
Saal-Gyps und französischen Gyps.

Die Fabrik steht unter Kontrolle des Hauptvereins Westpreußischer Landwirths und  
des Herrn Professor Dr. Birner, Director der agricultur-chemischen Versuchsstation zu Ste-

genwalde.

Unser neuesten Preis-Courant für die Frühjahr-Saison bitten wir auf unserem

Comtoit Langenmarkt No. 4 in Empfang zu nehmen.

**Chemische Fabrik zu Danzig.**

Commanditgesellschaft auf Aktien.

**R. Petschow. Gustav Davidsohn.**

### Frische Holst. Austern.

**Hamb. Hühner,**

**Hasel- und Birkhühner.**

**Frischen franz. Spargel.**

**Blumenkohl,**

" Kopfsalat,

" empfing und empfiehlt

**Josef Fuchs,**

**Brodhänkengasse 40.**

**Fetten Räucherlachs**

in seiner Qualität, in Hälfsten, versendet zu

billigstem Preise

**Albert Meck.**

**Verladungssäcke**

hat billig abzugeben

**Albert Fuhrmann,**

Speicherinsel, Hopfeng. 28.

**Bon heute ab wohne ich 34**

**Fleischergasse, 1 Tr.**

**Danzig, den 21. März 1872.**

**Peter Collas.**

**Hundeg. 15 ist ein möbl.**

**Zimmer zu vermieten.**

**Dem allgemeinen Wunsche gemäß**

**nicht Sonntag, den 24.,**

**sondern**

**Dienstag, den 26. März,**

**Abends 6 Uhr,**

**die dritte**

**der Vorlesungen zur**

**Verständigung über**

**das Christenthum.**

**Bertling,**

**Diakonus zu St. Marien.**